



Politik

UK erlaubt Zwangsimpfung von Baby

7. November 2025

3 Minuten Lesezeit

von [Thomas Oysmüller](#)

In einem Rechtsstreit in Großbritannien hat das Gericht für die Regierung und gegen die Eltern entschieden. Zwangsimpfungen von Babys wurden damit juristisch abgesichert. Der Staat habe eine weitere Grenze überschritten, so Kritiker.

Ein Rechtsstreit in Nord-London ging für die Regierung aus. Ein Richter des

High Court hat entschieden, dass der Staat – und nicht die Eltern – das letzte Wort darüber hat, was einem Kind injiziert wird. Ein acht Monate altes Baby darf gegen den Willen seiner Mutter zwangsweise geimpft werden.

Der Fall markiert eine beunruhigende Eskalation im Kampf gegen elterliche Rechte, medizinische Freiheit und informierte Einwilligung, urteilt das Magazin *Peoples Voice*. (<https://thepeoplesvoice.tv/britain-legalized-forced-baby-vaccinations-court-government-parents>) Das Magazin hebt hervor, dass die wissenschaftliche Frage zu Autismus hier nur zweitrangig ist. In erster Linie ist dieses Urteil ein politisch und kein wissenschaftliches Urteil. Es ist ein Urteil gegen elterliche Autonomie und für staatlich-autoritäre Bevormundung.

Die Mutter, die nur als Frau S. bekannt ist, lehnte Routineimpfungen für ihre kleine Tochter ab. Sie argumentierte mit dem – wissenschaftlich begründeten – Sorgen, über den Zusammenhang zwischen Impfungen und Autismus.

„Aber das spielte für das System keine Rolle“, schreibt das Magazin und berichtet über den schockierenden Fall aus London – der nun auch als juristischer Präzedenzfall dienen kann:

Richter McDonald entschied zugunsten des Rates und bestand darauf, dass das Baby geimpft werden müsse – obwohl die Mutter argumentierte, ihr Kind sei „zu klein, um mit all diesen Chemikalien vollgepumpt zu werden“.

In einem kalten Wortwechsel im Gerichtssaal erklärte der Richter ihr, es gebe „keine Studien“, die einen Zusammenhang zwischen Impfstoffen und Autismus belegten – und wiederholte damit das gleiche Mantra, das seit Jahrzehnten von Pharmaunternehmen und ihren Sprachrohren in den Medien verbreitet wird.

Dennoch blieb Frau S. standhaft und argumentierte, es sei ihre Pflicht als

Mutter, ihr Kind vor unnötigen medizinischen Risiken zu schützen. Sie sagte, sie würde eine Impfung später in Betracht ziehen, wenn ihr Baby stärker sei, aber ihre Tochter dürfe nicht als Versuchskaninchen für das System herhalten.

Das Kind, das als P bezeichnet wird, steht seit Februar unter der Vormundschaft des Rates, nachdem Beamte behaupteten, Frau S könne die „grundlegenden Betreuungsbedürfnisse“ ihrer Kinder nicht erfüllen. Im Juli erlaubte der Rat, dass das Baby unter Aufsicht zu Hause leben durfte – doch als die Mutter den Impfplan ablehnte, setzten die Beamten ihn trotzdem durch.

Als Frau S. versuchte, sie daran zu hindern, schaltete sich der High Court ein – und stellte sich auf die Seite des Staates.

Gemäß dem Children Act 1989 können Behörden die Einwände der Eltern überstimmen und jedes Kind in ihrer Obhut impfen lassen. Diese Befugnis, die einst als extreme Maßnahme galt, wird nun genutzt, um kritische Eltern zum Schweigen zu bringen und die Einhaltung medizinischer Vorschriften von Kindesbeinen an durchzusetzen.

Es gibt im Vereinigten Königreich kein Gesetz, das Impfungen vorschreibt. Doch dieses Urteil macht eines deutlich: Wenn der Staat vorübergehend das Sorgerecht für Ihr Kind übernimmt – selbst wenn es sich nur um „betreute Pflege“ handelt –, können Ihre elterlichen Rechte über Nacht verschwinden.

Der NHS beharrt darauf, dass sein Impfplan für Kleinkinder, der bereits im Alter von acht Wochen beginnt, Babys vor Krankheiten schützt. Für viele Eltern klingt diese Begründung jedoch hohl, wenn ihre Zustimmung nicht mehr berücksichtigt wird.

Auch die [BBC \(https://www.bbc.com/news/articles/ce86gjr8ddpo\)](https://www.bbc.com/news/articles/ce86gjr8ddpo) berichtet über den Fall.

Bild „Crying Kid @ the Zoo“ by Spappy.joneS is licensed under CC BY-NC-SA 2.0.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

Soros-Sozialist für New York: Neuer Polit-Popstar Mamdani (<https://tkp.at/2025/11/05/soros-sozialist-fuer-new-york-neuer-polit-popstar-mamdani/>)

Bulgarien fürchtet Treibstoffkrise (<https://tkp.at/2025/11/05/bulgarien-fuerchtet-treibstoffkrise/>)